

## INFORMATION

4 / 2021

zum TOP

GREMIUM

Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung

SITZUNGSTERMIN

Dienstag, 24.08.2021, 17:10 Uhr bis 22:45 Uhr

SITZUNGSORT

Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen, Sitzungssaal 1, 1. Etage

---

## ÖFFENTLICHER TEIL

### MITTEILUNGEN DER VERWALTUNG

#### 1. MI-155/2021 Strukturkonzept „Lünen Süd“

Herr Sterl erläutert das Strukturkonzept „Lünen-Süd“ und geht hier im Einzelnen auf die vier verschiedenen Teilflächen genauer ein. Dazu gehört das Wohnen am Preußenhafen, der Gewerbecampus, Wohnen am Bahnhof Preußen sowie der Wohnbereich im südlichen Teil.

Darauf bezogen ergänzt die Verwaltung im Nachhinein, dass es sich um einen Blick in die Zukunft handelt mit einer Realisierung über einen sehr langen Zeitraum. Dabei liegt der Fokus mit einer kurz- bis mittelfristigen Planung auf dem Preußenhafen im Zusammenhang mit dem geplanten Tunnel-durchstich. Die anderen Teilbereiche sind eher längerfristig zu betrachten.

Die SPD-Fraktion äußert Fragen zu den Bereichen Gebäudehöhe, Müllentsorgung sowie der Entwässerung im Hinblick auf den Überflutungsschutz. Ebenfalls müssen Zielgruppen für diese Planungen ermittelt und eine mögliche Kombination aus Arbeiten und Wohnen. Eine Gestaltung von Kleingartenanlagen wird angeregt.

Darauf bezogen erläutert Herr Sterl, dass die Frage der Bauhöhe im weiteren Planungsprozess geprüft werden kann, ein Unterflursystem zur Müllbeseitigung in Erwägung gezogen wird und das anfallende Regenwasser durch Dachbegrünungen gemindert wird. Bisher sind Kleingartenbereiche nicht geplant, können aber im weiteren Planungsprozess eingebunden werden.

Die CDU-Fraktion bemerkt, dass die Planung des Preußenhafens sehr idealistisch sei und vorhandene Altlasten beachtet werden müssten. Es sollte eine Nachbesserung im Bereich ruhender Verkehr erfolgen, da die Parkplatzzahl zu gering geplant erscheine.

B. 90/ Die Grünen erkundigen sich nach Größe der gesamten Rodungsfläche sowie der Versiegelung. Bezogen auf den Klimanotstand muss der Waldschutz berücksichtigt werden. Außerdem sollten mehr Parkmöglichkeiten für den Freizeittourismus eingeplant werden. Es wird angemerkt, dass unterirdische Parkmöglichkeiten besser in die Umgebung passen und die E-Mobilität gefördert werden muss. Ebenfalls sollte Wohnraum für Großfamilien geschaffen werden.

Herr Bennewitz erkundigt sich nach der Barrierefreiheit in der gesamten Planung.

Die Verwaltung ergänzt, dass für den Planungsraum erst noch neues Baurecht geschaffen werden muss. Durch die vorhandenen Altlasten ist eine Versickerung nur begrenzt möglich und es müssen Alternativen im Bereich Wasserrückhaltung gesucht werden.

Die Präsentation ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.